001477

R · REUTTER

Die Bauernpolitik der SED

FLORIDA ATLANTIC UNIVERSITY LIBRARY

SOCIALIST - LABOR
COLLECTION

DIETZ VERLAG BERLIN

R. REUTTER

Die Bauernpolitik der SED

DIETZ VERLAG BERLIN

INHALT:

I. Der Marxismus und die Bauernfrage, S. 3

II. Die Bauernfrage in Deutschland in der Vergangenheit, S. 14

III. Unsere heutige Agrarpolitik, S. 25

Copyright 1947 by Dietz Verlag GmbH. Berlin · Printed in Germany · Alle Rechte vorbehalten
Ausstattung und Typographie: Dietz-Entwurf · Druck: Nr. 2. Mitteldeutsche Druckerei und Verlagsanstalt, Zweigstelle Köthen

I. Der Marxismus und die Bauernfrage

Der Marxismus ist die Lehre vom Kampf der Unterdrückten gegen die unterdrückenden ausbeutenden Klassen. Der Marxismus deckt die gesellschaftlichen Beziehungen zueinander auf (sozialökonomische, politische und kulturelle Beziehungen), zeigt an Hand historischer, gesetzmäßiger Entwicklungsformen den in der menschlichen Gesellschaft immer stärker in Erscheinung tretenden Antagonismus zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, einen Zustand, der in der Folge nur mit der Überwindung dieses Mißverhältnisses enden kann.

Karl Marx sagt im Vorwort zur „Kritik der politischen Ökonomie", Dietz Verlag, Berlin 1947:

„Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolutionen ein."

Mit diesen Ausführungen hat Karl Marx die Grundfragen der Entwicklung der heutigen Gesellschaft behandelt und die Perspektive der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit aufgezeigt. Der Träger dieses Kampfes für die Umgestaltung der historisch überlebten kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische Gesellschaftsordnung ist das Proletariat und in erster Linie die Industriearbeiterschaft, denn sie ist im Zeitalter der modernen Industrie die einheitlichste, revolutionärste und an Zahl größte Klasse, weshalb ihr die Führung im Befreiungskampf aller Unterdrückten zukommt.

Ist die Arbeiterklasse auch der stärkste, klassenbewußteste und ausschlaggebendste Teil des um seine Befreiung vom kapitalistischen Joch kämpfenden werktätigen Volkes,

so kann doch die Arbeiterschaft diesen schweren Kampf allein nicht siegreich führen. Selbst in den kapitalistisch fortgeschrittensten Ländern ist die Arbeiterschaft, gemessen an der Gesamtbevölkerung, in der Minderheit. Die These, daß die Zahl der Industriearbeiter parallel und auch absolut mit der weiteren Entwicklung der Industrie anwächst und dadurch der Zeitpunkt ihrer Überzahl rasch heranrückt, hat sich nur teilweise bestätigt und gilt vor allem für die Zeit des Aufschwunges und der Blüte des Kapitalismus.

In der Periode des sterbenden Kapitalismus ist, wenn auch keine allgemein rückläufige, so doch eine sich immer stärker verlangsamende Tendenz der Zunahme des Anteils der Industriearbeiterschaft im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung bemerkbar. Ein Blick auf die Statistik beweist das. Der Anteil der auf Industrie und Handwerk entfallenden Bevölkerung betrug im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Jahre 1882 = 35,5%, 1895 = 39,1%, 1907 = 42,7%, 1925 = 41,3%. Also zwischen 1882 und 1907 sehen wir ein immer langsameres Ansteigen des Anteils der industriellen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung und 1925 sogar gegenüber 1907 einen Rückgang dieses Anteils um 1,4%. Aber abgesehen von dieser Tatsache ist auch die These des absoluten Anwachsens der industriellen Bevölkerung marxistisch nicht haltbar, denn bereits Karl Marx hat nicht nur die ökonomischen Gesetze des Ursprungs und der Entwicklung des Kapitalismus aufgezeigt, sondern auch die inneren Triebkräfte dieser Entwicklung. Und diese besagen u. a., daß die Entwicklung des Kapitalismus zwangsläufig auf eine Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals hinführt, d. h. also: das konstante Kapital (Grund und Boden, Gebäude und Maschinen usw.) nimmt einen größeren Raum bei den Neuinvestierungen ein als das variable Kapital, d. h. die menschlichen Arbeitskräfte.

Dieser Prozeß, wenn auch in Krisenperioden manchmal gehemmt, ist ein gesetzmäßiger Prozeß und durch alle bisherigen Erfahrungen erhärtet. Somit wächst die Arbeiter-

klasse nicht absolut im gleichen Verhältnis zum Wachstum der Industrie, sondern nur relativ und nicht im selben Maße, wie die Gesamtbevölkerung zunimmt.

Wenn es richtig ist, und es ist zweifellos richtig, daß die Arbeiterschaft als fortgeschrittenste Klasse berufen ist, die Vorhut im Kampfe um die Befreiung der Menschen von Unterdrückung und Ausbeutung zu sein, aber allein nicht die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht, so ergibt sich hieraus zwangsläufig die Frage des Verbündeten. Wo findet das Proletariat diesen Verbündeten? Zwischen dem Proletariat (Arbeiterklasse) und der Bourgeoisie (Kapitalisten, Junker u. a.), diesen beiden Hauptklassen, stehen Bauern, selbständige Handwerker, andere städtische Mittelschichten und die Intelligenz. Diese Mittelschichten, die sozial-ökonomisch weder zum Proletariat noch zur Bourgeoisie gehören, schwankend und eines einheitlichen Handelns unfähig sind, gilt es aus ihrer bisherigen ideologischen Einstellung, die zur Bourgeoisie neigt, loszulösen. Die Mittelschichten waren bisher die Massenbasis der Bourgeoisie. Sie stehen aber sozial-ökonomisch dem Proletariat weit näher und können als Verbündete für die demokratische Neuordnung und für den Sozialismus gewonnen werden.

Die stärkste Gruppe unter diesen Mittelschichten ist die Bauernschaft. Sie bildet in den Agrarländern sogar die große Mehrheit der Bevölkerung. Deshalb sagte Karl Marx in der ersten Auflage von: „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“ in der ihm eigenen wunderbaren Sprache, daß die proletarische Revolution durch die Bauernrevolution den Chor erhält, ohne den ihr Sologesang in allen Bauernnationen zum Sterbelied wird.

Die Geschichte lehrt: dort, wo die Kämpfe der Arbeiterklasse getrennt von dem Kampfe der Bauernschaft geführt wurden, und auch umgekehrt, hat stets die Reaktion gesiegt. Ein besonders anschauliches Beispiel gibt uns die revolutionäre Bewegung im zaristischen Rußland in den Jahren 1905 bis 1907. Die damaligen Bauernaufstände erreichten ihren

Höhepunkt erst in dem Moment (1906—1907), als die Kämpfe der Werktätigen in den Städten bereits wieder niedergeschlagen und unterdrückt worden waren (1905). Umgekehrt lehrt uns ebenfalls die Geschichte der russischen Revolution von Februar bis Oktober 1917, daß durch den gemeinsamen Kampf von Arbeitern und Bauern sowohl der Sieg in der bürgerlich-demokratischen Revolution als auch in der proletarisch-sozialistischen Revolution gesichert ist.

Ist es aber richtig, den Bauer überhaupt als Verbündeten des Arbeiters zu bezeichnen? Hat die Bauernschaft nicht ganz andere, vor allem andere sozial-ökonomische Interessen als die Arbeiterklasse? Man muß bei der Behandlung dieser zweifellos wichtigen Frage davon ausgehen, daß die Bauernschaft weder „eine einheitliche reaktionäre Masse", noch vom sozialen und wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen eine einheitliche Klasse darstellt. Die Bauernschaft als Ganzes genommen ist eine Zwischenklasse zwischen den beiden Hauptklassen Bourgeoisie und Proletariat. Seiner wirtschaftlichen Stellung in der Gesellschaft entsprechend, neigt der Bauer mehr zur Bourgeoisie (Eigentums- und Produktionsverhältnisse, Handelsbeziehungen usw.) Als Schaffender, den Boden eigenhändig bewirtschaftender Werktätiger, steht er wiederum dem Proletariat näher. Hier ist der Schlüssel für die stets schwankende Haltung der Bauernschaft zu finden. Aber innerhalb der Bauernschaft selbst sehen wir eine völlig verschiedene soziale Struktur, die noch komplizierter erscheint, wenn wir außer dem eigentlichen Bauern die gesamte Landbevölkerung in Betracht ziehen. Diese Differenzierung muß man in Rechnung stellen, wenn wir die Frage des Verbündeten richtig behandeln wollen.

In welche sozialen Schichten gliedert sich die Landbevölkerung?

1. *Die Landarbeiter.* Sie sind genau so Proletarier wie die Arbeiter in den Städten. Sie leben wie diese vom Verkauf ihrer Arbeitskraft. Bisher waren sie noch stärker ausge-

beutet und ihre soziale Stellung in der Gesellschaft noch schlechter, als dies bei der Industriearbeiterschaft der Fall ist. Die Landarbeiterschaft unterteilt sich wiederum in verschiedene Kategorien: Guts- und Frei-Arbeiter, Tagelöhner, Deputanten, Instleute, Saison- und Wanderarbeiter, bäuerliches Gesinde (Knechte und Mägde). Die Landarbeiter sind nicht Verbündete — im selben Sinne wie die werktätige Bauernschaft —, sondern sie zählen als dem Proletariat zugehörig, zur Arbeiterklasse.

2. *Die Halbproletarier oder Zwergbauern (Kleinpächter).* Diese besitzen oder pachten etwas Land, meist zwischen 0,5 und 2 ha, das in der Regel nicht zum vollen Unterhalt ausreicht. Deshalb wird ihre Landwirtschaft, besser gesagt die Parzellenwirtschaft, nur nebenberuflich ausgeübt; im Hauptberuf sind diese Bodenbesitzer in Industrie, Gewerbe oder auf Gütern beschäftigt. Sie sind mehr Proletarier als Bauern und gehören deshalb in ihrer Mehrheit ebenfalls zur Arbeiterklasse.

3. *Die Kleinbauern* sind kleine Landwirte, die wenig Boden besitzen, ungefähr auf gutem und mittlerem Boden 2 bis 5 ha, bei schlechterem Boden bis 10 ha. Es muß hier erwähnt werden, daß der Bodenbesitz allein kein genauer Gradmesser für die Differenzierung ist. Hierfür sind noch eine Reihe anderer wichtiger Faktoren maßgebend. Die Kleinbauern bewirtschaften in der Regel den Boden hauptberuflich. Erst bei dieser Kategorie kann man den Begriff „Bauer" anwenden. Sie können sich unter normalen Verhältnissen auf guten und mittleren Böden nicht nur selbst ernähren, sondern zum Teil die erzeugten Nahrungsmittel, vor allem Vieh und Veredelungsprodukte auf den Markt bringen. Gelegentlich arbeiten Kleinbauern auch für Lohn außerhalb ihres Hofes. Fremde Arbeitskräfte beschäftigen Kleinbauern in der Regel nicht. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung haben die Kleinbauern ein schweres Dasein, erhalten auch ihre

Existenz nur durch stärkste Ausbeutung ihrer eigenen Arbeitskraft und derjenigen ihrer Familie.

In „Die Theorie der Agrarfrage" sagt Lenin hierüber folgendes:

„... Abhängig vom Großkapital, rückständig im Vergleich mit dem landwirtschaftlichen Großbetrieb, hält sich der Kleinbetrieb nur durch verzweifelte Herabdrückung seiner Bedürfnisse und durch eine alle Kraft übersteigende Zwangsarbeit..."
(Ausgewählte Werke, Moskau 1938, S. 271.)

In Krisenzeiten ist der Hunger nicht selten auch Gast bei den Kleinbauern. Seiner sozialen Lage nach ist der Kleinbauer mehr Arbeiter als Bourgeois. Er ist deshalb der natürliche Verbündete des Proletariats, sowohl für die Periode der demokratischen Neuordnung als auch in seiner Mehrheit für die sozialistische Entwicklung.

4. *Die Mittelbauern* sind sogenannte stärkere Bauern, die mehr Land, Vieh und Betriebsmittel besitzen, zwischen 5 bis 10 ha bei bestem und 10 bis 20 ha bei schlechterem und schlechtestem Boden (auch hier gilt für die Differenzierung nach Bodenbesitz dasselbe wie das unter Punkt 3 Gesagte).

Die Mittelbauern können sich in der Regel bei normalen Verhältnissen nicht nur selbst ernähren, sie waren bisher auch ausschlaggebend in der Belieferung des Marktes mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die Mittelbauern beschäftigen in vielen Fällen bei Anbau- und Erntearbeiten fremde Arbeitskräfte, seltener im Ganzjahresvertrag (Gesinde). In guten Zeiten können sie etwas Kapital akkumulieren. In Krisenzeiten gehen auch zahlreiche Mittelbauernwirtschaften zugrunde. Der Mittelbauer ist die am stärksten schwankende Erscheinung der Bauernschaft. Selbst mitarbeitend, einschließlich seiner Familienangehörigen, gedrückt durch Steuern und hohe Anschaffungspreise, auf Grund seines relativ kleinen Besitzes nicht in der Lage, größere moderne Wirtschaftseinrich-

tungen anzuschaffen, ist er ein geschworener Feind des Monopolkapitals, der Konzerne (Dünger-Syndikat) und auch des ihn abhängig machenden Großgrundbesitzertums. Andererseits ist sein Streben unverkennbar, in die Großbauernschicht zur Bourgeoisie aufzusteigen. Die Mittelbauern sind aber trotzdem als Verbündete für die demokratische Entwicklung zu gewinnen. Im Prozeß dieser Entwicklung wird sich ein Teil, vor allem die ökonomisch schwächere Schicht, auch für den sozialistischen Weg entscheiden, während die wohlhabenderen Bauern entweder schwankend bleiben oder sich offen auf die Seite der Bourgeoisie schlagen werden.

5. *Die Großbauern* bilden die eigentliche Dorf-Bourgeoisie. Mit dem schon erwähnten Vorbehalt kann man sie in die Kategorie der Landbesitzer von 20 bis 100 ha einreihen. Während ein Bauer im Württembergischen und auch anderswo (guter Boden, ausgebautes Verkehrsnetz, bessere Marktlage) mit 15 bis 20 ha bereits ein Großbauer ist, kann man das von einem Bauer mit derselben Besitzgröße in der brandenburgischen Streusandbüchse z. B. nicht sagen. Auch hier müssen noch andere entscheidende Merkmale für die Klassifizierung und Differenzierung der Bauernschaft herangezogen werden. Die Großbauern beuten in der Regel nicht nur saisonmäßig, sondern ganzjährig fremde Arbeitskräfte aus. Sie beschäftigen die übergroße Anzahl des Gesindes und auch die meisten Landarbeiter. Es herrscht in diesen Bauernwirtschaften vielfach ein patriarchalisches Verhältnis der Bauern zu den in ihren Familien aufgenommenen ständigen Arbeitskräften, das oftmals die Ausbeutung verschleiert. Die Großbauern arbeiten in der Regel in der Wirtschaft selbst mit, meist in der Form eines Wirtschaftsleiters, der die Einteilung der Arbeitskräfte vornimmt. Die Großbauern unterscheiden sich von den Großgrundbesitzern nur wenig; hier verwischen sich bereits merklich die sozial-

ökonomischen Unterschiede beider Schichten auf dem Lande. Der Großbauer steht mit wenigen Ausnahmen im Lager der Bourgeoisie, steht jedem Versuch einer sozialen Strukturveränderung feindlich gegenüber und wird in den meisten Fällen als Gegner einer sozialistischen Entwicklung zu werten sein. Dagegen kann auch der Großbauer für die bürgerlich-demokratische Entwicklung gewonnen werden, da er wie alle Bauern vor allem am Frieden interessiert ist, von der Bodenreform (in der Ostzone) nicht berührt wurde und von der Ausrottung des Imperialismus, Militarismus und Nazismus und der Ausschaltung der Junker und Monopolkapitalisten nur Vorteile ziehen kann.

6. *Die Großgrundbesitzer* dagegen sind als parasitäre Klasse Feinde jeder demokratischen und sozialistischen Entwicklung und zusammen mit den Finanz- und Industriekapitalisten, den Monopol- und Konzernherren offene Feinde der Arbeiterbewegung und des Sozialismus. Ihre sozialökonomische und politische Entmachtung durch eine wirklich demokratische Bodenreform ist das Gebot der Stunde.

Mit dieser Einschätzung und Differenzierung der einzelnen Kategorien der ländlichen Bevölkerung ist vom marxistischen Standpunkt aus die Frage, wer Freund und wer Feind der neuen demokratischen Ordnung und — in der weiteren Folge — der sozialistischen Entwicklung ist, eindeutig gekennzeichnet. Die Bauern in ihrer Gesamtheit können und müssen für die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Umwälzung gewonnen werden. Der Bauer ist der natürliche Verbündete des Proletariats auf diesem Wege und als werktätiger Bauer auch für die weitere sozialistische Entwicklung. Es wäre völlig falsch, anzunehmen, daß diese Erkenntnis die Frucht erst unserer Zeit sei. Die Bauernfrage, das Problem des Verbündeten, ist beinahe so alt wie

der Marxismus selbst. Wenn auch die sozialistischen Parteien erst sehr spät die große Bedeutung dieses Problems erkannten, so steht doch einwandfrei fest, daß die Lehrmeister des Sozialismus dieses Problem schon sehr früh in den Kreis ihrer Betrachtung gezogen haben.

So hat Karl Marx im Jahre 1856 in einem Brief an Engels von der Notwendigkeit des Zusammenfallens der proletarischen Revolution mit der bäuerlichen revolutionären Bewegung gesprochen und erklärt:

„Die ganze Sache in Deutschland wird abhängen von der Möglichkeit, die proletarische Revolution durch eine Art zweite Auflage des deutschen Bauernkrieges zu unterstützen."

(Marx-Engels: Briefwechsel, Moskau 1936, II. Bd. [1854—1860], S. 166.)

Friedrich Engels schrieb in „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland" (Seite 4) über die Bedeutung der Bauernfrage folgendes:

„Die Eroberung der politischen Macht durch die sozialistische Partei ist in absehbare Nähe gerückt. Um aber die politische Macht zu erobern, muß diese Partei vorher von der Stadt aufs Land gehn, muß eine Macht werden auf dem Land. Sie, die vor allen andern Parteien voraus hat die klare Einsicht in den Zusammenhang der ökonomischen Ursachen mit den politischen Folgen, die also auch die Wolfsgestalt unter dem Schafspelz des großgrundherrlichen zudringlichen Bauernfreunds längst erspäht hat — darf sie den dem Untergang geweihten Bauern ruhig in den Händen seiner falschen Beschützer lassen, bis er aus einem passiven in einen aktiven Gegner der industriellen Arbeiter verwandelt wird? Und damit sind wir inmitten der Bauernfrage."

In seiner Schrift: „Der deutsche Bauernkrieg", Dietz Verlag, Berlin 1946 (Vorbemerkung vom Jahre 1874), sagt Friedrich Engels:

„Die ausschließlich und lebenslänglich auf den Arbeitslohn angewiesene Klasse bildet noch immer bei weitem nicht die Mehrzahl des deutschen Volkes. Sie ist also auch auf Bundesgenossen angewiesen. Und diese können nur gesucht werden unter den Kleinbürgern, ... unter den kleinen Bauern und Ackerbautagelöhnern."

Und im Jahre 1891 schrieb Engels in „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“:

„Und das Gute hat die Herstellung einer, wenn auch verkümmerten, freien Bauernklasse gehabt, daß sie den Bauer in eine Lage versetzt hat, in der er — mit dem Beistand seiner natürlichen Bundesgenossen, der Arbeiter — sich selbst helfen kann, sobald er nur begreifen will, wie.“

Diese Worte Friedrich Engels' sind besonders beachtlich, da unser Altmeister des Sozialismus hier zum erstenmal von den „natürlichen Bundesgenossen der Arbeiter“ spricht.

Über diesen natürlichen Verbündeten sagt aber auch ein anderer, der größte Theoretiker und Praktiker des Marxismus und der proletarischen Revolution im 20. Jahrhundert, W. I. Lenin:

„Die auf den vollen Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution abzielende Taktik des Proletariats kann nur von der Bauernschaft unterstützt werden, da diese ohne den vollen Sieg der Revolution mit den Gutsbesitzern nicht fertig werden und das Gutsbesitzerland nicht erhalten kann. Die Bauernschaft ist daher der natürliche Verbündete des Proletariats.“ (Geschichte der KPdSU [B], S. 77.)

In „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, Verlag Neuer Weg, Berlin 1946, Seite 82—83, sagt Lenin:

„... Ohne dadurch sozialistisch zu werden, ohne aufzuhören, kleinbürgerlich zu sein, ist die Bauernschaft fähig, zum völligen und radikalsten Anhänger der demokratischen Revolution zu werden. Die Bauernschaft wird unvermeidlich ein solcher Anhänger der Revolution werden, wenn nur der sie aufklärende Gang der revolutionären Ereignisse nicht durch den Verrat der Bourgeoisie und die Niederlage des Proletariats allzufrüh unterbrochen wird. Die Bauernschaft wird unter der aufgezeigten Bedingung unvermeidlich zur Stütze der Revolution und der Republik werden, denn einzig die zum vollen Sieg gelangte Revolution wird der Bauernschaft auf dem Gebiete der Agrarreform alles zu bieten vermögen: all das, was die Bauernschaft will, was sie erträumt, was tatsächlich für sie notwendig ist...“

Und an anderer Stelle derselben Schrift sagt Lenin:

„Die Bauern können für unseren Kampf gewonnen werden, vor allem für die demokratische Entwicklung.“

Hier ist interessant, daß Lenin nicht von der Dorfarmut, den Klein- oder Mittelbauern spricht, sondern vom Bauern schlechthin. Er wollte damit unterstreichen, daß für die demokratische Entwicklung, also zum Kampf für die Erringung der demokratischen Freiheiten, für den Kampf zum Sturze der absolutistischen Monarchie, des Halbfeudalismus, der Entmachtung der Monopolkapitalisten und der Junker die ganze Bauernschaft gewonnen werden kann.

Da wir in Deutschland in der jetzigen Etappe ebenfalls den Weg der demokratischen Entwicklung beschreiten, sind diese Worte Lenins für uns deutsche Sozialisten heute von ganz besonderem Wert. Welche große Bedeutung die Gewinnung der Bauernschaft für den Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie hat, zeigt auch J. W. Stalin in „Fragen des Leninismus", Moskau 1946, Abschnitt V: „Die Bauernfrage", Seite 53. Stalin sagt, nachdem er die Entwicklung der bürgerlichen Revolution im Februar 1917 in Rußland und die Hegemonie des Proletariats in dieser Revolution geschildert hat, folgendes:

„Die bürgerlichen Revolutionen des Westens (England, Frankreich, Deutschland, Österreich) gingen, wie bekannt, einen anderen Weg. Dort hatte die Hegemonie in der Revolution nicht das Proletariat inne, das wegen seiner Schwäche keine selbständige politische Kraft darstellte und auch nicht darstellen konnte, sondern die liberale Bourgeoisie. Dort erhielt die Bauernschaft die Befreiung von den feudalen Zuständen nicht aus den Händen des Proletariats, das zahlenmäßig schwach und unorganisiert war, sondern aus den Händen der Bourgeoisie. Dort marschierte die Bauernschaft gemeinsam mit der liberalen Bourgeoisie gegen die alte Ordnung. Dort bildete die Bauernschaft eine Reserve der Bourgeoisie. Dort führte infolgedessen die Revolution zu einer gewaltigen Verstärkung des politischen Gewichts der Bourgeoisie."

Die Quintessenz aus diesen Ausführungen Stalins ist die Aufgabe des Proletariats, die Bauernschaft der Vormundschaft der Bourgeoisie zu entreißen und sie umgekehrt zur Reserve des Proletariats, zur Verstärkung des politischen Gewichts des Proletariats in seinem Kampf gegen die Bour-

geoisie zu machen. Diese Notwendigkeit und Möglichkeit bestätigt Stalin durch folgende Worte:

„Die Frage steht so: sind die revolutionären Möglichkeiten, die in der Bauernschaft infolge bestimmter Bedingungen ihrer Existenz schlummern, bereits erschöpft oder nicht, und falls sie nicht erschöpft sind, besteht begründete Hoffnung darauf, diese Möglichkeiten für die proletarische Revolution nutzbar zu machen, die Bauernschaft, ihre ausgebeutete Mehrheit aus einer Reserve der Bourgeoisie, die sie in den bürgerlichen Revolutionen des Westens war und heute noch ist, zu einer Reserve des Proletariats, zu seinem Bundesgenossen zu machen?

Der Leninismus bejaht diese Frage, d. h. er vertritt die Ansicht, daß in den Reihen der Mehrheit der Bauernschaft revolutionäre Potenzen vorhanden sind und hält es für möglich, diese im Interesse der proletarischen Diktatur nutzbar zu machen. Die Geschichte dreier Revolutionen in Rußland bestätigt vollkommen die Schlußfolgerungen des Leninismus in dieser Hinsicht."

(„Über die Grundlagen des Leninismus", S. 36. Verlag Neuer Weg, Berlin 1946.)

Diese ausführliche Wiedergabe einer Reihe von wichtigen Zitaten aus den Werken unserer großen Lehrer des Marxismus war notwendig, um zu zeigen, daß die Frage des Verbündeten der Arbeiterklasse im Gesamtgebäude der marxistischen Lehre schon immer einen hervorragenden Platz eingenommen hat. Was die sozialistischen Parteien aus dieser Lehre vom Verbündeten des Proletariats gemacht haben, welche Nutzanwendungen sie daraus zogen, wollen wir in der weiteren Folge untersuchen.

II. Die Bauernfrage in Deutschland in der Vergangenheit

Es ist hier nicht beabsichtigt, einen geschichtlichen Abriß der sozial-ökonomischen Verhältnisse in der deutschen Vergangenheit zu geben oder die Entwicklung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse, die wesentlich die verschiedenen Agrarverfassungen beeinflußten,

zu schildern. Dies bleibt einer zweiten Arbeit: „Das deutsche Ernährungsproblem — alte und neue Agrarpolitik“ vorbehalten. In diesem Abschnitt soll, nachdem wir die grundsätzliche marxistische Stellung zur Bauernfrage kennengelernt haben, die Haltung der verschiedenen sozialistischen Parteien in Deutschland zur Agrar- und Bauernfrage in der Vergangenheit beleuchtet werden.

Bis in die jüngste Zeit zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung die verhängnisvolle Unterschätzung der Rolle der Bauernschaft. Leider war es nur ein kleiner Lichtblick, als einmal Friedrich Engels an der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert sagte:

„Die bürgerlichen und reaktionären Parteien wundern sich ungemein, daß jetzt plötzlich und überall bei den Sozialisten die Bauernfrage auf die Tagesordnung kommt. Sie sollten sich von Rechts wegen wundern, daß dies nicht längst geschehn.“

(„Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“, Seite 3.)

In Deutschland wurde die Bauernfrage wieder sehr schnell von der Tagesordnung abgesetzt oder man beschränkte sich — in echt deutscher Art — auf philosophische Betrachtungen über das Wesen des Bauern, erschöpfte sich zum Teil in einen unfruchtbaren Streit über längst durch Marx und Engels gelöste Agrarprobleme, sah aber nicht das Nächstliegende: die Gewinnung des Bauern als Verbündeten für die in Deutschland noch nicht zu Ende geführte demokratische Umwälzung. Der oben zitierte Ausspruch Friedrich Engels', daß man sich wundern müsse, weil die Bauernfrage nicht schon längst auf die Tagesordnung gekommen ist, war berechtigt bis in die jüngste Zeit hinein. Es gibt zwei Grundursachen der Fehler in der Bauernpolitik der sozialistischen Parteien in der Vergangenheit.

1. Die Einschätzung der Bauernschaft als eine „reaktionäre Masse“, selbst noch nach der scharfen Kritik Karl Marx' und Friedrich Engels' am Gothaer Programm. Dadurch wurde nicht erkannt, welche Rolle die Bauernschaft

für den Kampf um eine wirkliche demokratische Umwälzung und für die sozialistische Revolution spielt. Die zweite Hauptursache ist darin zu suchen, daß man annahm, die bürgerliche Revolution liege schon hinter uns (1848), vor uns stehe nur noch eine proletarische sozialistische Revolution, und man argumentierte, daß für eine sozialistische Umwälzung der Bauer nicht zu gewinnen sei. Durch diese völlig falsche Einstellung wurde die Bauernschaft weiterhin dem Einfluß der Bourgeoisie überlassen. Man ignorierte somit völlig die grundsätzliche theoretische Stellungnahme unserer Altmeister des Sozialismus zur Bauernfrage.

Betrachten wir jetzt im einzelnen die Haltung der sozialistischen Parteien in Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts.

Für Lassalle, dem Gründer des „1. Deutschen Arbeitervereins" (1863), und seine Anhänger gab es keine Bauernfrage. Die Lassalleaner hatten durch „Überrumpelung" der sogenannten „Eisenacher", das war die damalige marxistische Richtung in der deutschen Arbeiterbewegung unter Führung von Wilhelm Liebknecht und Bebel, ihre unmarxistischen Ideen auf dem Gothaer Vereinigungsparteitag (1875) durchgesetzt. So kam es, daß das Gothaer Programm folgende verhängnisvolle Formulierung in der Einschätzung der Klassen enthielt:

„Die Befreiung der Arbeit (sic! R. R.) muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen eine reaktionäre Masse sind."

Es wäre aber falsch, anzunehmen, daß die Eisenacher „Marxisten" eine bessere Einstellung zur Bauernfrage hatten. Dem ist nicht so, denn das Programm dieser Richtung der deutschen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts, beschlossen auf dem Parteitag in Eisenach im Jahre 1869, enthält ebenfalls kein Wort zur Bauernfrage.

Karl Marx hat in einer scharfen Kritik zum Gothaer Programm diese fundamentalen Fehler aufgezeigt und be-

zugnehmend auf die Einschätzung der Klassen auf dem Gothaer Parteitag und in dem von diesem herausgegebenen Programm folgende treffenden Worte geprägt:

„Im Kommunistischen Manifest heißt es: ‚Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse ...' Aber das Manifest setzt hinzu, daß die ‚Mittelstände ... revolutionär werden im Hinblick auf ihren bevorstehenden Übergang ins Proletariat'. Von diesem Gesichtspunkt ist es also wieder Unsinn, daß sie, zusammen mit der Bourgeoisie und obendrein den Feudalen, gegenüber der Arbeiterklasse ‚nur eine reaktionäre Masse bilden'. Hat man bei den letzten Wahlen Handwerkern, kleinen Industriellen usw. und Bauern zugerufen: Uns gegenüber bildet Ihr mit Bourgeois und Feudalen nur eine reaktionäre Masse?"

(„Kritik des Gothaer Programms", S. 22/23. Verlag Neuer Weg, Berlin 1946.)

Aber trotz dieser Kritik ändert sich in der Folge nichts Wesentliches in der Einstellung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Bauernfrage. Auch im Erfurter Programm vom Jahre 1891, das wohl als Ganzes ein großer Fortschritt gegenüber dem Gothaer Programm bedeutete, wurde ein Bündnis „Arbeiter und Bauern" abgelehnt,

„weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben." (Siehe ebenda, Seite 154.)

Man vermied wohl die alte Formulierung von der „nur einen reaktionären Masse", aber in der Praxis kam man mit dieser Einschätzung der Klassen zur selben alten sektiererischen Haltung. Es ist bezeichnend, daß die Sozialdemokratische Partei vor 1914 und bis zum Jahre 1927 (Kieler Parteitag der SPD) kein Agrarprogramm hatte und eine einheitliche Stellung zur Agrar- und Bauernfrage vermissen ließ. Wie in verschiedenen anderen politischen Fragen war die damalige Sozialdemokratie auch in der Agrarfrage ohne eine klare einheitliche Linie, war faktisch in mehrere Richtungen aufgespalten. Der rechte Flügel der Partei (Bern-

stein — David) begnügte sich mit einem grundsatzlosen Eintreten für den Schutz der Gesamtlandwirtschaft gegen die drohend heraufziehende Weltagrarkrise. Die Vertreter dieser Richtung verfochten, im Gegensatz zu Kautsky, der damals ein glühender Verfechter und Verteidiger der Lehre Karl Marx' war, die Ansicht von der absoluten Überlegenheit des Kleinbetriebs über den Großbetrieb. Sie erklärten: So wie die Verelendungstheorie von Karl Marx sich als nicht zutreffend erwiesen habe, wäre auch seine Behauptung, daß der Großbetrieb den Kleinbetrieb aufsauge, der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft dem Untergang geweiht sei, durch die Entwicklung widerlegt. Über dieses Problem wurde ein heißer Kampf geführt. Lenin hat in seinem Buch: „Die Theorie der Agrarfrage", gestützt auf Untersuchungen Kautskys, mit beißender Ironie die falsche und einseitige Stellung Bernsteins und Davids gekennzeichnet. Wir wissen heute, daß jede schematische Gegenüberstellung Großbetrieb — Kleinbetrieb undialektisch und unmarxistisch ist. Ein Großbetrieb kann technisch überlegen und doch ökonomisch dem Kleinbetrieb unterlegen sein. Selbst Lenin, der wiederholt vom unvermeidlichen Untergang des Kleinbetriebs gesprochen und die Überlegenheit des Großbetriebes nachgewiesen hat, gab in „Die Theorie der Agrarfrage" folgende sehr beachtliche Erklärungen, wobei er sich ebenfalls auf die Arbeit Kautskys, „Die Agrarfrage", stützte:

„... Die Überlegenheit des Großbetriebes in der Landwirtschaft über den Kleinbetrieb ist ‚selbstverständlich' nur ‚unter der Annahme sonst gleichbleibender Umstände' unvermeidlich (von Lenin selbst hervorgehoben) ... Auch in der Industrie ist ja das Gesetz der Überlegenheit keineswegs so absolut und so einfach, wie man manchmal denkt; auch dort gewährleistet erst die Gleichheit ‚der sonstigen Umstände' (die in der Praxis bei weitem nicht immer vorliegt) die volle Anwendbarkeit des Gesetzes. In der Landwirtschaft aber, die sich durch eine unvergleichlich größere Kompliziertheit und Mannigfaltigkeit der Beziehungen auszeichnet, ist die volle Anwendbarkeit des Gesetzes der Über-

legenheit des Großbetriebs an bedeutend strengere Bedingungen geknüpft ..." (W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, S. 10, Moskau 1939.)

Wichtig ist bei der Betrachtung dieser — auch heute wieder — sehr viel diskutierten Frage, daß die jeweiligen ökonomischen und politischen Machtverhältnisse berücksichtigt werden. Großbetrieb und Kleinbetrieb in der Epoche des Feudalismus oder in der Phase der kapitalistischen Entwicklung und weiterhin in bezug auf die sozialistische Planwirtschaft sind ganz verschiedene Dinge. Heute haben wir ja auch in der sowjetischen Besatzungszone eine völlig andere, im gewissen Sinne eigenartige Lage. Hier haben wir es mit keiner der drei genannten Entwicklungen zu tun, sondern mit einer neuen Entwicklung, einer Übergangsform. In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands besteht noch eine bürgerlich-kapitalistische Wirtschaftsordnung, ist also der Kapitalismus noch nicht beseitigt, aber bereits „gebändigt" durch bestimmte demokratische Maßnahmen und durch Stärkung der sozialistischen Elemente in dieser Wirtschaft (Liquidierung der Großbanken und Konzerne, Übergabe von Betrieben in die öffentliche Hand, Schaffung von landeseignen Betrieben, Stärkung und Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Konsumvereine, Bildung und stärkste Unterstützung der VdgB). Unter solchen Bedingungen bekommt die Frage Groß- und Kleinbetriebe ein ganz anderes Gesicht. Genosse Hoernle erklärt zu dieser Frage folgendes:

„Es ist grundfalsch, ökonomische Gesetze, wie das Gesetz der Verdrängung der Kleinbauernschaft durch den Großbetrieb, die für eine Periode der ungebrochenen Herrschaft der Bourgeoisie unbedingt Geltung habe, ungesehen auch auf die Periode der kämpferischen Demokratie anzuwenden, in der die Arbeiterklasse bereits zu einer führenden Macht herangewachsen ist. Es ist falsch, wenn man der Kleinbauernwirtschaft absolut und für alle Zeiten die Möglichkeit abspricht, sich der modernen Technik, Wissenschaft und Arbeitsorganisation zu bedienen. Wir haben genügend Beweise des Gegenteils. Schon früher gab es genossenschaftliche Formen der Maschinenanwendung, des Feldbaues, der Tierzucht in der Landwirtschaft. Diese Beispiele haben sich inzwischen

vervielfacht. Außer den landwirtschaftlichen Genossenschaften sind im Zuge der Bodenreform ‚Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe' (jetzt VdgB. R.R.) ins Leben getreten mit dem Zweck, die komplizierten Großmaschinen, wertvolles Zuchtvieh und die verschiedenen Einrichtungen der liquidierten Gutsbetriebe, die sich ihrer Natur nach einer Aufteilung entziehen, zu übernehmen, um sie dem Einzelbauer zur Verfügung zu stellen." („Das Bündnis zwischen Arbeiter und Bauern." Einheit Nr. 2, 1946.)

Wenn Dr. Schumacher ebenfalls das Argument der Unterlegenheit des Kleinbetriebes gegenüber dem Großbetrieb im Zusammenhang mit der Bodenreform ins Treffen führt, deshalb gegen die Aufteilung der großen Güter und Schaffung von Bauernwirtschaften ist, sich damit sozusagen „links" drapiert, sich als besseren Marxisten legitimieren will als die „Sedisten", so sehen wir hier wiederum einen typischen Fall einer undialektischen Betrachtungsweise des Agrarproblems. Und das ausgerechnet von einem Manne, der bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gegen die „Doktrinäre" der marxistischen Lehre sein Gift verspritzt.

Doch setzen wir unsere Betrachtung über die verschiedene und unterschiedliche Einstellung der Sozialdemokratie in der Bauernfrage fort. Während der rechte Flügel in der SPD sich in der Vorkriegszeit stark auf die vorbehaltlose Unterstützung der Landwirtschaft ganz allgemein festlegte, war die Parteimitte, auch damals Parteizentrum genannt (Bebel — Kautsky), und der linke Flügel (Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Radek) weit weniger an der Landwirtschaft und speziell der Bauernfrage interessiert. Die Parteimitte und auch die Linke trieben teilweise eine engbegrenzte Verbraucherpolitik (sahen in der SPD nur die Arbeiterpartei), forderten in Verkennung der Lage die Sozialisierung ganz allgemein. Man hatte noch immer nicht die Lehre aus der Vergangenheit gezogen, die Kritik Karl Marx' und Engels' war spurlos an ihnen vorübergegangen. Karl Kautsky, der geistige Vater des Erfurter Programms, hat diese von Marx und Engels so scharf gegeißelte falsche Analyse der Klassen starrköpfig wiederholt. Die Frage der Bauern wird

im Erfurter Programm nur im Vorbeigehen gestreift und ist dann noch schief gesehen. In Kautskys „Erläuterungen zum Erfurter Programm“ (Dietz, Stuttgart 1892) befaßt sich von 5 Kapiteln mit 33 Abteilungen nicht ein einziges mit den Bauern in ihrer Bedeutung als Klasse. Man findet nur nebensächliche Bemerkungen darüber, wie der Bauer durch die fortschreitenden Monopolisierungstendenzen des Kapitalismus ebenfalls zu den Leidtragenden gehört. Aber nirgends wird gesagt, wie diese ökonomische Tatsache durch eine richtige Politik der Sozialdemokratischen Partei zu einem starken Faktor der revolutionären Entwicklung werden muß.

Der im wesentlichen aus dem linken Flügel der Sozialdemokratie während des ersten Weltkrieges gebildete Spartakusbund vertrat 1916 und auch später noch die Forderung nach sofortiger Sozialisierung der Groß- und Mittelbetriebe in der Landwirtschaft. Welche Auswirkungen diese falschen, den damaligen Bedingungen nicht entsprechenden Forderungen hatten, zeigte z. B. im Jahre 1919 die Entwicklung in Ungarn, wo in Verkennung der Frage des Verbündeten ebenfalls während der Periode der Räterepublik überspitzte Sozialisierungsforderungen aufgestellt wurden. Anstatt die sofortige Konfiskation und Aufteilung des Besitzes der ungarischen Landmagnaten durchzuführen, den Boden den Landarbeitern und Bauern zu geben und somit die Masse der Landarbeiter und Bauern für die Revolution zu interessieren, trieb man die Mittelschichten in Stadt und Land mit Sozialisierungsprogrammen der Reaktion in die Arme. (In den Städten hatte man sogar Friseurläden sozialisiert.)[1] Auch in Bayern haben es die Sozialisten und Kommunisten im Frühjahr 1919 bei den Kämpfen um die Räterepublik nicht verstanden, aus den Mittelschichten Verbündete für die heroisch kämpfenden Münchener Arbeiter zu gewinnen. Der

[1] Der Fehler lag also darin, daß man glaubte, eine notwendige geschichtliche Entwicklungsstufe überspringen zu können.

Vollzugsrat in München hatte nichts unternommen, um das Hinterland, die Bauern, mit der Bewegung in den Städten zu verbinden. Lenin schrieb damals in einem Begrüßungstelegramm an die kämpfenden Münchener Arbeiter: Habt Ihr Euch um das flache Land gekümmert? Habt Ihr den landarmen Bauern und Tagelöhnern Boden gegeben? Habt Ihr die Schulden der Bauern annulliert, die Zinslast beseitigt? — So und ähnlich lauteten die Fragen Lenins an die Münchener Arbeiter. Unnötig zu sagen, daß nichts dergleichen getan worden war, somit das Hinterland zur Domäne der blutigsten Reaktion wurde. Von hier aus führten die Orgesch, Oberland und andere Freikorps die von ihnen verhetzten Bauern und Bauernsöhne in den bewaffneten Kampf gegen die Arbeiterschaft.

Als im Jahre 1920 USPD und KPD sich vereinigten, war man wohl nicht mehr für die Verstaatlichung oder Sozialisierung der kleinen Betriebe, aber es tauchte jetzt die Forderung nach der genossenschaftlichen Bewirtschaftung der großen Güter unter zentraler Leitung auf. Eine Forderung, die den gegebenen Verhältnissen der damaligen Zeit nicht entsprach, die nicht den Landhunger hunderttausender landloser und landarmer Bauern und Landarbeiter berücksichtigte. Man unterschied nicht Gegenwartsforderungen und Zukunftsforderungen. Man sah nicht, daß es vor allem darum ging, eine Massenbewegung auf dem flachen Lande für die Zu-Ende-Führung der demokratischen Revolution zu entfachen.

Das erste sozialdemokratische Agrarprogramm, das auf dem Kieler Parteitag 1927 angenommen wurde, befaßte sich in der Hauptsache mit sozial-ökonomischen Forderungen und Verbesserungen in der Landwirtschaft. Das Agrarprogramm der SPD war ein großer Fortschritt, da zum erstenmal eine sozialistische Partei in Deutschland sich ein solches Programm gab. Dieses Agrarprogramm der SPD behandelte folgende Fragen:

1. Bodenreform
2. Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung
3. Regelung des landwirtschaftlichen Absatzes
4. Besteuerung
5. Forderungen für Land- und Forstarbeiter
6. Bäuerliche Sozialpolitik.

Die in diesem Agrarprogramm geforderte Bodenreform hatte nicht die Liquidierung des Großgrundbesitzes zum Ziel, nicht die völlige ökonomische und politische Entmachtung der Junker. Die Programmforderung, daß im Osten Deutschlands nur solcher Großgrundbesitz mit über 750 ha (3000 Morgen nur landwirtschaftliche Nutzfläche) aufgeteilt werden soll und die Großgrundbesitzer Entschädigungen erhalten werden, zeigt bereits die Schwächen dieses Agrarprogramms. Denn die Masse der Großgrundbesitzer wäre selbst nach Realisierung dieser Forderung — doch wer sollte sie realisieren? — weiter als ökonomischer und starker politischer Faktor auf dem Lande verblieben. Eine solche Bodenreform, wie sie damals von der SPD gefordert wurde, wäre noch weniger eine wirklich demokratische Bodenreform gewesen als die heute in Süd- und Westdeutschland zum Gesetz erhobenen oder in Vorbereitung befindlichen Siedlungsreformen. Auch eine klare Herausarbeitung der Frage des Verbündeten sucht man im Agrarprogramm der SPD von 1927 vergebens.

Einen gewissen Lichtblick brachte das im Frühjahr 1931 von Ernst Thälmann in Oldenburg verkündete Bauern-Hilfsprogramm der KPD. Denn dieses Programm — so unzulänglich es auch nach unseren heutigen Begriffen erscheinen mag — knüpfte nicht nur an die konkreten Tagesfragen im Dorfe an, forderte die aktive Unterstützung der Bauern in ihrem Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung, gegen Monopolkapital und Junkertum — es zeigte auch zum erstenmal den Arbeitern den Weg zum praktischen Bündnis mit den Bauern. Stadt und Land — Hand in Hand —, diese Losung wurde damals geboren. In seiner Rede vor den Olden-

burger Bauern über das Bauern-Hilfsprogramm der KPD im Mai 1931 sagte Enst Thälmann:

„Zusammenschluß aller Arbeitenden in Stadt und Land! Der Bauer kann nicht leben, wenn die Arbeiter hungern, die Arbeiter können die Kette nicht brechen, solange Millionen Kleinbauern und Kleinbauernsöhne sich von Junkern und Kapitalisten gegen die Arbeiter mißbrauchen lassen... Die Kommunistische Partei ruft die Arbeiter und Angestellten auf, den Kampf der werktätigen Bauern um ihre Existenz zu unterstützen."

Einige der konkreten Forderungen des Bauern-Hilfsprogramms lauteten:

„Befreiung der Bauern von den drückenden Steuerlasten; Einstellung des Konkursverfahrens gegen die Bauernschaft. Herabsetzung der durch den Monopolkapitalismus heraufgeschraubten Preise für die industriellen Produkte, die der Bauer benötigt. Erhöhung der Preise für die Produkte des Bauern durch Herabsetzung der Gewinnquote des Zwischenhandels. Aufteilung des Großgrundbesitzes an landlose und landarme Bauern."

Dieses von Ernst Thälmann verkündete Bauern-Hilfsprogramm blieb nicht auf dem Papier stehen. Wohl scheiterten damals die wichtigsten Forderungen der Arbeiter und Bauern an dem Widerstand der Reaktion. Sie finden erst heute in der sowjetischen Besatzungszone ihre Verwirklichung. Aber die Hilfe der Stadt für das Land, der Arbeiter für den Bauern, vor allem bei den Aktionen gegen die sich immer mehr anhäufenden Zwangsversteigerungen, war der erste Schritt zum Bündnis zwischen Arbeiter und Bauern.

In der Folge entwickelte sich aus dieser Aktivität der Arbeiter und Bauern die Bauernkomitee-Bewegung, die neben dem „Reichsbauernbund", dessen Vorsitzender der von den Nazis ermordete Bauer Ernst Putz gewesen ist, die erste bäuerliche demokratische Massenbewegung in Deutschland. Anfang 1933 zählte die Bauernkomitee-Bewegung, an deren Spitze das „Reichsbauernkomitee" unter der Führung von Bodo Uhse und Bruno von Salomon stand, bereits über 500

Bauernkomitees und eine Reihe von Gebietskomitees in Deutschland. Schon im Januar 1932 hatte der erste Reichsbauernkongreß in Berlin stattgefunden, der von mehr als 800 Delegierten aus den verschiedenen Bauernverbänden in Deutschland beschickt war, und später, Ende des Jahres 1932, fand bereits der erste Kursus der Bauernschule des Reichsbauernkomitees statt.

Infolge der Übernahme der Macht durch die Hitlerbande wurde ebenfalls eine furchtbare Verfolgungswelle gegen die linksgerichteten revolutionären Bauern in der Komiteebewegung ausgelöst. Viele Komiteemitglieder, darunter der rührige Vorsitzende des Gebietskomitees Bermsgrün i. Sa., Rudolf Beck, wurden ein Opfer der bestialischen Mordgier der braunen Pest. Die Komiteebewegung wurde zerschlagen, aber erfreulich ist es, daß heute manche alte Mitkämpfer der Komiteebewegung von vor 1933 wieder aktiv in der Bauernbewegung stehen, teilweise als Ausschußmitglieder der VdgB oder als Bürgermeister und Ortsvorsteher in den Dörfern. Ihre Erfahrungen von vor 1933, als die ersten Schritte für das praktische Bündnis zwischen Arbeiter und Bauern getan wurden, kommen ihnen heute zur Durchsetzung der Agrar- und Bauernpolitik der SED im Dorfe zugute.

III. Unsere heutige Agrarpolitik

Die Ziele unserer neuen Agrarpolitik in Deutschland wurden sowohl in den Gegenwartsforderungen der auf dem Vereinigungsparteitag angenommenen „Grundsätze und Ziele der SED" wie auch in dem zu Ostern 1946 anläßlich des Vereinigungsparteitages herausgegebenen „Manifest an das deutsche Volk" angedeutet. In Punkt 3 der „Gegenwartsforderungen" heißt es:

„Vernichtung des reaktionären Militarismus, Entmachtung der Großgrundbesitzer und Durchführung der demokratischen Bodenreform."

Und im „Manifest“:

„Wir erstreben die Durchführung der demokratischen Bodenreform in ganz Deutschland, um die Vorherrschaft der Großgrundbesitzer auf dem Lande zu brechen, den Kleinbauern, Umsiedlern und Landarbeitern eine selbständige Existenz zu schaffen und die Volksernährung durch intensivsten Landbau zu sichern.“

Die Forderung der Durchführung der demokratischen Bodenreform ist in der Ostzone restlos verwirklicht worden, in den Westzonen dagegen noch nicht einmal begonnen. Im Punkt 5 der Gegenwartsforderungen heißt es: „Stärkste Förderung des Genossenschaftswesens“. Diese Forderung schließt auch die Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften als einen wichtigen Faktor für die Demokratisierung des Dorfes und für die Hebung der Wirtschaftsleistung der bäuerlichen Betriebe ein. Auch hier wurden bereits beachtliche Erfolge errungen. Punkt 6 der Gegenwartsforderungen enthält die wichtige Zielsetzung: „Stärkste Intensivierung und Förderung der Landwirtschaft“. Diese im Interesse der Sicherung der Ernährung unseres Volkes äußerst wichtige Forderung kann bei der gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands nur schrittweise der Erfüllung nähergebracht werden.

In einer Wendung an die Bauern und Bäuerinnen sagt das „Manifest an das deutsche Volk“:

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist als die Partei der friedlichen Arbeit, der Entfaltung der Landwirtschaft und der Freiheit nicht minder Eure Partei!“

Dies bedeutet, daß die SED im wohltuenden Gegensatz zur Vergangenheit klar erkannt hat, daß das Bündnis zwischen Arbeiter und Bauern keine Agitation oder Wahlparole sein darf, sondern ein Eckpfeiler der Gesamtpolitik unserer Partei. Das Bündnis zwischen Arbeiter und Bauern ist ein zentrales Problem, muß wie ein Kleinod behütet werden, wenn es uns gelingen soll, das Dorf für die Demokratie und für den Sozialismus zu gewinnen. Die Tätigkeit der Partei auf dem Lande, ihre Hilfe für die Bauern, für die bäuer-

lichen Organisationen, ihre aktive Mitarbeit in den Gemeindevertretungen und Kreistagen, alles dies hat bereits beachtliche Früchte getragen. Trotz Flüsterpropaganda und Unterminierungsarbeit, falscher Beschuldigungen und Sabotage durch die Gegner einer demokratischen Entwicklung in Deutschland sind bereits feste Grundsteine für das Bündnis zwischen Stadt und Land und für die Demokratisierung des Dorfes gelegt worden.

Ausgehend von der in den „Grundsätzen und Zielen" und im „Manifest der SED" festgelegten Grundeinstellung zur Agrar- und Bauernpolitik nimmt die SED in allen Fragen der Agrar- und Bauernpolitik eine unzweideutige und positive Haltung gegenüber der Bauernschaft ein. Als Partei des Neuaufbaus und der Einheit Deutschlands, als konsequente Vertreterin aller Werktätigen in Stadt und Land ist die SED als wirkliche Volkspartei auch die Partei der werktätigen Bauernschaft. Die Lehren aus der Vergangenheit ziehend, ist unsere Partei für das engste Bündnis zwischen Arbeiter und Bauern, zwischen Stadt und Land. Um die Bauernwirtschaften so rasch wie möglich wieder zur vollen Produktionsfähigkeit zu bringen, ist die stärkste Unterstützung der Handwerksbetriebe und aller gewerblichen Industriezweige, die der Bauernschaft durch ihre Produktion die nötigen Produktionsmittel, vor allem Landmaschinen, Geräte, Düngemittel, Ersatzteile, Gebrauchs- und Bedarfsgegenstände liefern, notwendig.

Da die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion im Gesamtinteresse unseres Volkes liegt, somit die Lebensinteressen der schaffenden Land- und Stadtbevölkerung ineinanderfließen, sind wir für eine Verbilligung der industriellen Erzeugnisse, die die Landwirtschaft benötigt, für Rationalisierung und Typisierung der Maschinen und Geräte, für Anwendung arbeitsparender und produktionsteigernder Maschinen und vor allem für größtmögliche Anwendung der modernen Wissenschaft und Technik in der Bauernwirtschaft.

Die SED ist für die weitgehendste Förderung der agrar-

wissenschaftlichen Forschung, die den heutigen Bedingungen der deutschen Landwirtschaft und vor allem der kleinen und mittleren Bauernwirtschaften entsprechen muß. Deshalb muß das ländliche Schulwesen neugestaltet werden. Das betrifft sowohl den Ausbau des ländlichen Volksschulwesens, der Fachschulen, der landwirtschaftlichen Berufs- und Betriebsberatung, der landwirtschaftlichen Lehr- und Versuchsanstalten als auch die Förderung der technischen und betriebswirtschaftlichen Kenntnisse des jungen bäuerlichen Nachwuchses. Die Ausbildung und die Förderung des Aufstieges der bäuerlichen Jugend ist eine besonders wichtige Aufgabe der Gegenwart. Den Jungbauern, Jungbäuerinnen und Junglandarbeitern müssen alle Möglichkeiten zum Besuche höherer Schulen offenstehen, müssen Voraussetzungen zur Ausbildung für leitende Stellen in der Landwirtschaft und in landwirtschaftlichen Organisationen wie auch in demokratischen Selbstverwaltungen geschaffen werden. Der neuen demokratischen Bauernjugend soll die Bahn freigemacht werden für eine hellere Zukunft.

Eine umfassende Hilfe muß dem Dorf und vor allem der schwerarbeitenden Bauersfrau dadurch gegeben werden, daß zur Entlastung vor allem der Landfrau in allen Bauerndörfern Gemeinschaftseinrichtungen geschaffen werden. Ziel ist, hierdurch der Bauersfrau Zeit zu geben, daß sie sich neben ihrer schweren Arbeit auch anderen Aufgaben sozialer und kultureller Art widmen kann. Die heute noch sehr zurückgezogen lebende Bauersfrau soll in den Frauen-Ausschüssen, Ernährungskommissionen und in den Selbstverwaltungen mitwirken.

Größte Unterstützung und Förderung muß den großen bäuerlichen Hilfs- und Massenorganisationen im Dorfe, der VdgB und den Landwirtschaftlichen- sowie Konsum-Genossenschaften zuteil werden. Nur mit ihrer Hilfe ist das Ernährungsproblem zu lösen, das Bündnis zwischen Stadt und Land auf eine gesunde Basis zu stellen und das Ziel der Demokratisierung des Dorfes zu erreichen. Zur Sicherung

der Bodenreform ist es notwendig, alles daranzusetzen, damit den Neubauern Wirtschaftsgebäude und Wohnungen für ihre Neubauernstellen erstellt werden. Dasselbe gilt auch für die Viehbeschaffung. Nur wenn es uns gelingt, in absehbarer Zeit die Hunderttausende neuen Bauernstellen wirtschafts- und produktionsfähig zu machen, wird die Bodenreform gesichert sein. Nur dann kann auch eine gesunde Planung, Anbau und Ablieferung betreffend, durchgeführt werden. Den Bauern muß hierbei in allen Fragen des Lebens im Dorfe die demokratische Mitbestimmung gesichert werden.

Eine starke Interessensolidarität verbindet die städtische Arbeiterschaft mit den selbst arbeitenden Bauern. Der ökonomische und gesellschaftliche Strukturwandel auf dem Lande führt zu neuen Formen der Wirtschaftsweise, macht Gemeinschaftslösung schwieriger Aufgaben nötig und trägt wesentlich dazu bei, die individualistische Eigenbrötelei nach und nach zu verdrängen. Dadurch nähert sich die Landbevölkerung der Begriffswelt der industriellen Stadtbevölkerung, während letztere durch die aktuellen Ernährungsprobleme besser mit den Sorgen der Bauern vertraut wird. Daraus ergibt sich die geeignete Voraussetzung für eine organisierte wechselseitige Hilfe. Um solche Hilfe planmäßig vorbereiten und verwirklichen zu können, bedarf es auch der engeren Zusammenarbeit unserer Fraktionen in den Gemeindevertretungen und Kreistagen.

Die SED ist für den baldmöglichsten stufenweisen Abbau heute noch notwendiger Zwangsbewirtschaftungen und für die stärkste Belebung eines freien Marktes. Diese Belebung des freien Marktes muß durch eine stärkere Einschaltung der Landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Konsum-Genossenschaften erfolgen, so daß sowohl die Arbeiter der Städte in den Genuß der überschüssigen bäuerlichen Erzeugnisse gelangen, als auch die Bauern weit besser, schneller und billiger mit industriellen Bedarfsartikeln beliefert werden können. Zur Bekämpfung des Schwarzhandels und

zur Erlangung einer gerechten Verteilung überschüssiger landwirtschaftlicher und industrieller Produkte sind für die Erfassung solcher Freimengen ausschließlich die Genossenschaftsorganisationen der Erzeuger und Verbraucher zuzulassen. Der direkte Warenaustausch zwischen Erzeuger- und Verbraucher-Genossenschaft ist zu unterstützen. Die überschüssigen landwirtschaftlichen Produkte sollen neben Kinder- und Altersheimen, Krankenhäusern der werktätigen Bevölkerung als Träger der Wiederaufbaulast zur Verfügung stehen. Deshalb müssen in erster Linie Gemeinschafts- und Werkküchen sowie Arbeiter-Haushaltungen durch Zusammenarbeit der Genossenschaftsleitungen mit dem FDGB zusätzlich versorgt werden. Wo sich das System freier Märkte durchführen läßt, sollen diese unter die gemeinschaftliche Aufsicht von Bürgermeister, VdgB, FDGB und Genossenschaften gestellt werden.

Die Bauernschaft hat in einem Teil Deutschlands durch die von den deutschen Arbeiterparteien erstrebte und erreichte Bodenreform nach einem jahrhundertelang geführten Kampf die politische und wirtschaftliche Freiheit erhalten. Das Erreichte kann nur in einer fortschrittlichen Demokratie gesichert werden. In diesem Zusammenhang lehnt es die SED ab, Enteignungen bäuerlichen Besitzes zu unterstützen, wie dies durch die Siedlungsgesetze in den westlichen Zonen beabsichtigt ist. Das bäuerliche private Eigentum wird von uns geschützt. Die Bestimmungen, die in dem Verfassungsentwurf der SED enthalten sind, unterstreichen dies ganz besonders. Die grundsätzliche Stellung unserer Partei zum Eigentum wurde in den „Grundsätzen und Zielen der SED" laut Beschluß des ersten Parteitages der SED im Jahre 1946 klar umrissen. Es heißt dort:

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion."

Damit ist deutlich aufgezeigt, daß nur das der Ausbeutung dienende kapitalistische Eigentum in gesellschaftliches Eigentum verwandelt werden soll. Das private Eigentum der werktätigen Bauern an seinen Produktionsmitteln dient in der Regel nicht der Ausbeutung fremder Arbeitskraft. Es steht demnach nicht im Widerspruch mit seiner überwiegend privaten Produktionsweise. Da nur das kapitalistische Eigentum die Ursache der Ausbeutung bildet, die Mehrheit der Bauernbetriebe aber kein kapitalistisches Eigentum, sondern privates Arbeitseigentum besitzt, in der Regel der Bauer mit seinen Familienangehörigen seine Wirtschaft mit eigener Arbeitskraft betreibt, ist die Produktionsweise dieser Bauernbetriebe keine kapitalistische, sondern trägt privaten Charakter. Die Produktionsmittel der werktätigen Bauern sind also Arbeitsmittel, nicht der kapitalistischen Ausbeutung dienende Produktionsmittel. Produktionsmittel und Produktionsprozeß haben in den kleinen Bauernbetrieben noch privaten Charakter. Deshalb wäre es nicht gerechtfertigt, die Aufhebung des Privateigentums der kleinen Bauern zu fordern. Den Beweis, daß die SED nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat zu diesen ihren Prinzipien steht, erbrachte die Durchführung der demokratischen Bodenreform. Durch diese Bodenreform wurde kapitalistisches Ausbeutungseigentum aufgehoben und dafür für Hunderttausende von Familien neues privates Eigentum geschaffen.

Alle diese Forderungen, basierend auf den Grundsätzen und Zielen unserer heutigen Agrarpolitik, sind teils Gegenwarts-, teils Zukunftsforderungen. Zukunftsforderungen in dem Sinne, weil die Realisierung eines Teils dieser Forderungen an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist, Voraussetzungen, die durch den Wieder- und Neuaufbau unserer Wirtschaft erst noch geschaffen werden müssen. Hier liegt eine große Aufgabe und Verantwortung auf den Schultern der Partei und der gesamten Arbeiterschaft. Die Rettung unseres Volkes durch die Lösung der schwierigen

Wirtschafts- und Ernährungsprobleme kann nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Schaffenden in Stadt und Land erreicht werden. Deshalb darf unter keinen Umständen der alte, von der Reaktion künstlich genährte Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeiter und Bauer wieder aufleben, obwohl zweifellos auch die derzeitigen Ernährungsschwierigkeiten diesen Bestrebungen Vorschub leisten. Die Arbeiterschaft darf trotz der gegenwärtigen Notzustände sich den Blick für die heutigen und zukünftigen Aufgaben nicht trüben lassen. Eine verbesserte Planung der Produktion, Hand in Hand mit einer vernünftigen, sowohl Produzenten als Konsumenten befriedigenden Erfassung und Verteilung der erzeugten Produkte, wird den heutigen Engpaß überwinden helfen. Wir stehen noch am Anfang unserer neuen Agrarpolitik. Die Notwendigkeit, in der Gegenwart die größten Notzustände schnellstens zu beheben, läßt oft noch bestimmte Zielsetzungen zurücktreten. Aber die Umrisse der neuen Agrar- und Bauernpolitik heben sich bereits deutlich ab. An uns Sozialisten liegt es, im Verein mit den aufbauwilligen Kräften so zu arbeiten, daß die Schwierigkeiten schneller überwunden werden und der Weg für eine bessere Zukunft frei wird. Um das zu erreichen, muß das Bündnis zwischen Arbeiter und Bauern enger gestaltet werden. Dies wird nicht durch schöne Deklamationen erreicht, sondern nur durch die praktische Zusammenarbeit von Arbeiter und Bauern, wie sie besonders auch in den Selbstverwaltungsorganen der Kreise und Gemeinden, in gemeinsamen Ausschüssen und Kommissionen im demokratischen Geist gepflegt werden muß. Nur die praktische Tätigkeit stärkt das gegenseitige Vertrauen und festigt das für beide Teile lebenswichtige Bündnis. Eine Bauernpolitik, unter diesem Aspekt gesehen, wird dazu beitragen, die demokratische Neuordnung in Deutschland zu sichern und den Weg zu ebnen für eine kommende sozialistische Gesellschaftsordnung.

PREIS 0.40 RM

Ist die Ernährung gesichert?

— eine brennende Frage überall, wo Deutsche diskutieren. Dunkle Elemente versuchen dabei häufig, die Not des Volkes zu einer Hetze gegen die demokratische Bodenreform in der Ostzone auszunutzen.

Hierbei leisten ihnen die Verantwortlichen für die schleichende Ernährungskrise im Westen und die Hungerkatastrophe an der Ruhr durch „objektive Ausführungen" von „Fachleuten" über den „unausbleiblichen Produktionsrückgang in der Ostzone" gern Hilfe. Sie haben auch allen Grund dazu! Gerade angesichts der tatkräftigen und planmäßigen Arbeit in der Ostzone ist ihnen jedes Mittel recht, von ihrer niederschmetternden Pleite abzulenken.

Was sind die Tatsachen?

Zur Widerlegung eines Hetzartikels hat sie der beste Kenner der Landwirtschaft in der sowjetischen Zone zusammentragen lassen:

Edwin Hoernle, Präsident der deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft

Die demokratische Bodenreform in der Bewährungsprobe

Jeder Deutsche sollte diese Schrift kennen.

Sie enthält alle wichtigen Tatsachen — um den Verleumdern entgegenzutreten — über die Entwicklung der

Anbaufläche, Viehhaltung, Saat, Ernte, Ablieferung

Sie zeigt offen die Schwierigkeiten, aber beweist auch eindeutig und sachlich durch Zahlen, wie sich die Lage Schritt für Schritt gebessert hat und mit der Festigung der Volksherrschaft weiter bessern wird.

Die Broschüre ist durch alle Literaturstellen und Buchhandlungen zu beziehen. 0,20 RM

DIETZ VERLAG GMBH, BERLIN